

INSM
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
GmbH
Georgenstraße 22
D- 10117 Berlin

Carl-Victor Wachs
Leiter Kommunikation
Pressesprecher

wachs@insm.de
M +49 176 61649030

[insm.de](https://www.insm.de)

Pressemitteilung

Berlin, 06.08.2024

INSM-Umfrage zeigt Vertrauensverlust in staatliche Rente / Kritik an Beitragserhöhungen / erstmals Mehrheit gegen Rente mit 63

Das Vertrauen in die gesetzliche Rente in Deutschland ist gering. Eine Mehrheit von 71 Prozent betrachtet die gesetzliche Rente nicht als ausreichend, um vor Altersarmut zu schützen. Die vorherrschenden Gefühle im Zusammenhang mit dem Thema Rente sind Sorge (52 Prozent), Enttäuschung (42 Prozent) und Wut (33 Prozent), positive Gefühle empfinden deutlich weniger Befragte: Freude (12 Prozent), Zuversicht (12 Prozent) und Vertrauen (9 Prozent). Dies ergibt eine aktuelle repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unter 5.000 Personen.

Die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Rentenbeiträge wird eher abgelehnt (49 Prozent) als unterstützt (31 Prozent, Rest: unentschieden). Überraschend gibt es erstmals eine Mehrheit gegen die als „Rente mit 63“ bekannte abschlagsfreie Frührente für besonders langjährig Versicherte. INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben: „Diese Ergebnisse verdeutlichen die wachsende Skepsis gegenüber der staatlichen Altersvorsorge und die dringende Notwendigkeit für Reformen.“

Leidtragende der Überalterung

In allen Altersgruppen wird die Rente als nicht ausreichend angesehen, um vor Altersarmut zu schützen. Am stärksten bei den 30- bis 39-Jährigen mit 78 Prozent und am wenigstens bei den Älteren (65+) mit 62 Prozent.

Knapp 38 Prozent der Befragten, sehen sowohl die Älteren wie auch die Jüngeren als Leidtragende der Überalterung. Knapp 25 Prozent sehen eher die Jüngeren als Benachteiligte des demografischen Wandels, fast 20 Prozent die Älteren (ab 65). 13 Prozent sind der Meinung, keine Altersgruppe wurde unter der Überalterung leiden.

Die bisherige Rentenpolitik sei vor allem zugunsten der Älteren ausgefallen. Das meinen 41 Prozent, zugunsten der Jüngeren sagen nur knapp 6 Prozent. Beide gleichermaßen sagen 13 Prozent und keine von beiden 33 Prozent.

Politische Maßnahmen und Rentenpläne

Das von der Bundesregierung geplante Rentenpaket II wird unterschiedlich gesehen. Die damit einhergehende Anhebung der Rentenbeiträge wird von allen Altersgruppen und von den Anhängern aller Parteien außer der SPD mehrheitlich kritisch gesehen.

Der Vorschlag der FDP, einen schuldenfinanzierten Staatsfonds zur Unterstützung des Rentensystems einzurichten („Generationenkapital“) findet mit knapp 40 Prozent ähnlich viel Unterstützung wie Ablehnung (38 Prozent). Der Rest ist unentschieden.

Erstmals Mehrheit gegen „Rente mit 63“

Wurde die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte (als „Rente mit 63“ bekannt) bislang in allen Umfragen mehrheitlich unterstützt, gibt es jetzt erstmals eine deutliche Mehrheit dagegen. Das liegt möglicherweise an einer anderen Frage: Diesmal wurde nicht der Begriff abgefragt, sondern die Beschreibung: „Wie bewerten Sie, dass die abschlagsfreie Frührente aktuell dadurch ermöglicht wird, dass alle Beitragszahler etwas höhere Beiträge bezahlen und Rentner etwas geringere Renten erhalten?“ Das sehen 64 Prozent der Befragten kritisch, nur 16 Prozent befürworten das.

Private Vorsorge

In Bezug auf die private Altersvorsorge geben 34 Prozent der Befragten an, mehr privat vorsorgen zu wollen, wenn es staatliche Zuschüsse gäbe. 30 Prozent würden bei Selbstbestimmung über die Geldanlage mehr selbst vorsorgen, und 25 Prozent würden dies tun, wenn der Erwerb von Immobilien erleichtert würde.

Beamtenpensionen und gesetzliche Rente

Besonders deutlich wird die Meinung der Befragten beim Thema Beamtenpensionen. Eine überwältigende Mehrheit von 80 Prozent fordert, dass Beamte zukünftig in die gesetzliche Rente integriert werden sollen. Zudem sprechen sich 66 Prozent dafür aus, in der Finanzverwaltung Angestelltenverhältnisse der Verbeamtung vorzuziehen.

Ähnliche Meinungen herrschen bei Lehrerinnen und Lehrern (65 Prozent), Professorinnen und Professoren (70 Prozent) sowie Mitarbeitern der Verwaltung in Kommunen (80 Prozent) und Ministerien (76 Prozent). Eine Ausnahme bildet die Polizei, wo über 60 Prozent der Befragten weiterhin ein Beamtenverhältnis befürworten.

Alsleben: Brauchen Reform des Rentensystems

INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben kommentiert: „Die Ergebnisse der INSM-Umfrage verdeutlichen die dringende Notwendigkeit für umfassende Reformen im deutschen Rentensystem. Das Rentenpaket II darf auf keinen Fall beschlossen werden.“ Die wachsende Unzufriedenheit und das schwindende Vertrauen in die staatliche Altersvorsorge seien klare Signale an die Politik, neue Wege zu gehen und sowohl die gesetzliche Rente als auch die private Altersvorsorge attraktiver und sicherer zu gestalten. Die deutliche Ablehnung der Beamtenprivilegien bei der Altersvorsorge zeige, so Alsleben, „vor jeder dringend notwendigen Rentenreform muss die Abschaffung des Beamtenstatus bei Neueinstellungen in Verwaltungstätigkeiten liegen.“